

Ausgabe 1/2018

DIE BIE LEFF ELD IDEE

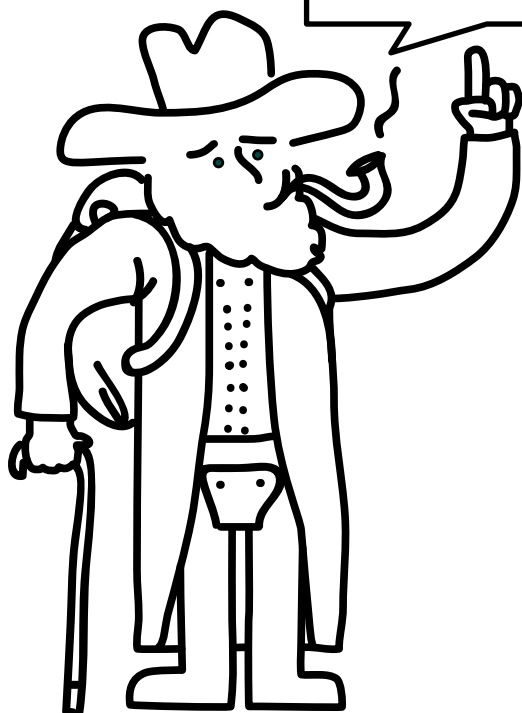
1 Jahr
für Bielefeld
im Bundestag

Was kommt nach Hartz IV? • Zahlen einer Abgeordneten
Pflege verbessern • Ein Freiwilliges soziales Jahr im Bundestag

Inhalt

Grußwort.....	3
Meinungsbeitrag Prof. Dr. Peter Hartz.....	4
Meinungsbeitrag Wiebke Esdar	5
Pflege verbessern.....	6
Probleme spürbar lösen: Quo vadis SPD?	8
Das Team	10
Zahlen einer Abgeordneten.....	11
Fotocollage	12
Interview mit Arbeitsminister Heil.....	14
Wiebke unterwegs	16
Ein Freiwilliges soziales Jahr im Bundestag	18
Informationen aus Berlin	20
Rätsel	24

Ich führe Sie gerne durch das Heft
(und gebe meinen Senf dazu).



Dieses Logo kennzeichnet Artikel zur Umsetzung der Bielefeld Ideen. Was es mit der Bielefeld Idee genau auf sich hat, erklärt der Leineweber auf den nächsten Seiten.



Liebe Bielefelderinnen und Bielefelder,

etwa ein Jahr ist nun vergangen, seit ich mit Ihrem Vertrauen und Ihrer Unterstützung das Bielefelder Direktmandat für den Bundestag gewonnen habe. Viel hat sich seit dem Wahlabend am 24. September 2017 für mich verändert, noch immer warten fast täglich neue Aufgaben und Herausforderungen auf mich. In den ersten Wochen nach den Wahlen musste ich zunächst noch die Büroteams für den Wahlkreis und für Berlin zusammensustellen, mich in den verworrenen Gängen und Gebäuden des Bundestages zurechtfinden und für Sitzungswochen eine Unterkunft in der Bundeshauptstadt finden. Mittlerweile bin ich aber im politischen Alltag Berlins angekommen: Plenum des Bundestages, Fraktionssitzungen, Treffen des Parteivorstands, Ausschussarbeit und vieles mehr hat sich eingestellt.

Wie viele von Ihnen wissen, habe ich mich bereits lange vor meiner Wahl zur Bundestagsabgeordneten politisch in Bielefeld engagiert: Ob im Bündnis gegen Rechts, als Vorsitzende der Bielefelder Jusos, als Ratsmitglied oder seit 2016 als Unterbezirksvorsitzende der SPD Bielefeld. Für mich war daher seit meinem ersten Schritt in Richtung Bundespolitik klar: Auch in Berlin möchte ich mich für Bielefeld und Werther engagieren. Es ist mir ein großes Anliegen, den politischen Draht zwischen meinem Wahlkreis und Berlin zu stärken und auch nach der Wahl den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu suchen – Stichwort die Bielefeld Idee. Im Laufe der vergangenen 12 Monate bin ich in den

sitzungsfreien Wochen daher quer durch meinen Wahlkreis getourt, habe mich mit Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen, gemeinnützigen Organisationen, Unternehmen oder Bildungseinrichtungen getroffen und bin auch mit vielen von Ihnen beispielsweise über meine offenen Sprechstunden ins Gespräch gekommen.

Immer wieder konnte ich dabei wertvolle neue Impulse mit nach Berlin nehmen und gleichzeitig konkrete Angriffspunkte für aktuelle bundespolitische Vorhaben im Wahlkreis entdecken. Durch mein Pflegepraktikum beispielsweise konnte ich mir ein umfassendes Bild von zentralen Problemen in der ambulanten Pflege machen, die es bei einer bundesweiten Reformoffensive zu berücksichtigen gilt. Denn obschon Reformpläne auf dem Papier als noch so gut durchdacht erscheinen mögen: sie können das Gespräch mit denjenigen nicht ersetzen, die das System tagtäglich erleben und die mit ihrem Fach- und Insiderwissen ganz neue Perspektiven in die Diskussion einbringen.

Aktuelle Informationen über meine Arbeit gibt es selbstverständlich auf meiner Homepage (www.wiebke-esdar.de), bei Facebook und auf Instagram. Neben den Sprechstunden, vielen Mails und Briefen möchte ich Ihnen nun aber auch auf diesem Weg Einblicke in meine Arbeit gewähren. Es freut mich daher sehr, Ihnen die erste Ausgabe meiner Wahlkreiszeitung präsentieren zu dürfen, in der ich Sie fortan über meine Wahlkreisaktivitäten, meine Arbeit in



Berlin, anstehende Termine und vieles mehr informieren möchte.

Mit der ersten Ausgabe möchte ich versuchen, Ihnen ein kleines, wenn auch nur ausschnitthaftes Update darüber zu geben, was bei mir seit der Bundestagswahl passiert ist. Neben einer Vorstellung meines Büroteams, einem Bericht meines ersten FSJlers und einer Auswahl der unzähligen Treffen im Wahlkreis möchte ich insbesondere die beiden Leitartikel („Gute Pflege geht uns alle an!“ und „Quo vadis SPD?“) dazu nutzen, einige meiner wertvollen Erfahrungen aus dem Wahlkreis mit Ihnen zu teilen und aufzuzeigen, wie sie mit aktuellen bundespolitischen Projekten und Vorhaben in Verbindung gebracht werden können.

Es bleibt mir nun noch, Ihnen viel Spaß beim Lesen und vor allem auch viele neue Erkenntnisse zu wünschen!

Alles Gute,

Ihre Wiebke Esdar



Prof. Dr. h.c. Peter Hartz, geboren 1941, ist Gründer der gemeinnützigen Stiftung SHS Foundation, mit der er das Konzept der mini-preneure entwickelt hat. Er war von 1993 bis 2005 Arbeitsdirektor und Vorstandsmitglied der Volkswagen AG. Er leitete die Regierungskommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, deren Ergebnisse Grundlage für die Arbeitsmarktreformen der Regierung Gerhard Schröder waren.

Jeder Mensch hat Talente

Die Arbeitsmarktreform der Regierung Schröder – die größte seit Bismarck – war unter dem Strich ein großer Erfolg. Als sie umgesetzt wurde, sind aber die Langzeitarbeitslosen zu kurz gekommen. Eine so große Reform lebt und muss immer wieder entsprechend der Entwicklung angepasst werden. Dabei sind die Fortschritte der letzten 15 Jahren in Wissenschaft und Forschung zu berücksichtigen. Sie sind beträchtlich.

Was darf der Staat von Arbeitslosen erwarten? Vor allem, dass die Arbeitslosen mitwirken, ihr Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen. Dabei muss definiert werden, was zumutbar ist. Die Schrödersche Reform versuchte, vier Kriterien zu beantworten; die geographische, materielle, soziale und funktionale Zumutbarkeit. Beispiel: Einen Familienvater in Hamburg mit drei Kindern und einer kranken Frau kann ich nicht nach München vermitteln, einen alleinstehenden Single sehr wohl.

Große Diskussion lösen die Sanktionen von Arbeitslosen bei Versäumnissen aus. Wenn man genau hinschaut, betreffen die Sanktionen nur drei Prozent (!) aller Arbeitslosen. Die große Mehrheit erfüllt ihre Mitwirkungspflicht. Termine einzuhalten, der Hauptgrund für Sanktionen, ist zumutbar.

Ebenfalls wurde die Idee eines „solidarischen Grundeinkommens“ für Arbeitslose in die Diskussion gebracht. Damit sollen Arbeitslose staatlich finanzierte und freiwillige Jobs übernehmen können, die vorher in Städten und Gemeinden nicht finanzierbar waren. Kurz gesagt: bezahlte Ehrenämter. Das wäre ein Salto rückwärts. Ein solidarisches Grundeinkommen führt zu einer neuen Klassifizierung von Langzeitarbeitslosen. Sie werden damit als nicht mehr brauchbar in der Gesellschaft abgestempelt und aufgegeben. Völlig unmöglich für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Die Arbeitsmarktreform hat gerade die Empfängerinnen und -empfänger von Sozialhilfe wieder

in den Vermittlungsprozess integriert und sie vom Abstellgleis geholt.

Wie muss die Arbeitsmarktreform heute weiterentwickelt werden? Jeder Mensch hat Talente. 15 Jahre nach der Reform sind sie heute dank der Fortschritte in der Wissenschaft und Forschung messbar und definierbar. Davon haben Personalchefs immer geträumt. Über eine entsprechende Vorbereitung können auch Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zurückkehren. Talentdiagnostik und Beschäftigungsradar heißen die neuen Instrumente.

Der Prozess der Talentdiagnostik umfasst mehrere Schritte: Nachdem sämtliche im Lebenslauf enthaltene formelle Qualifikationen erfasst wurden, wird in einem kreativen Pro-

**Was darf der Staat von Arbeitslosen erwarten?
Vor allem, dass die Arbeitslosen mitwirken, ihr Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen.**

zess ein Lebensportrait erstellt, um zentrale Talente zu ermitteln. Häufig haben die sich in der Lebensgeschichte bereits unbewusst gezeigt. Des Weiteren erfolgt eine genaue Analyse der heute verfügbaren Ressourcen, Entwicklungspotenziale und der hemmenden Faktoren. Diese sind in der Person oder in ihrem sozialen Umfeld begründet. In standardisierten IT-gestützten Talenttests werden die kognitiven Fähigkeiten, Persönlichkeitsmerkmale und Interessen mit realen Anforderungsprofilen von Unternehmen abgeglichen. Um geeignete Unterstützungs- und Entwicklungsmaßnahmen ableiten zu können, werden weiterhin motivationale, emotionale und die Handlungssteuerung betreffende Aspekte erfasst. Diese sind dafür entscheidend, ob eine Person den Prozess erfolgreich absolvieren kann, sich beruflich neu zu orientieren. Mit

Hilfe des Beschäftigungsraders wird vorhandenes und neues Beschäftigungspotenzial bis auf Ortsteilebene bzw. Stadtteilebene identifiziert, definiert und lokalisiert. Die gewonnenen Informationen werden so aufbereitet, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Verbindung mit der Talentdiagnose sehr detaillierte Hinweise auf konkretes Beschäftigungspotenzial erhalten können. Dazu werden zwei Strategien verfolgt:

Die erste Strategie ist darauf fokussiert, Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb bestehender Arbeitsplatzstrukturen zu lokalisieren. Mit der zweiten Strategie können bislang unbekannte Beschäftigungspotenziale, z.B. im Bereich der neuen trendbasierten Jobs und Dienstleistungen, entdeckt werden. Gemeinsam mit Trendforschern wurden bereits 150 innovative Dienstleistungsideen entwickelt. Um Synergieeffekte zu nutzen, werden diese Geschäftsideen in sieben Jobfamilien zusammengefasst, die gleichzeitig sieben Zukunftsmärkte repräsentieren. Diese neu entwickelten Dienstleistungsideen sollen lokal relevant und realisierbar sein. Um echte Erfolgchancen zu haben, ist eine detaillierte Marktuntersuchung im geografischen Umfeld des Arbeitslosen nötig.

Arbeitsminister Hubertus Heil ist jetzt mit dem Programm „Passiv-Aktiv-Tausch“ für Langzeitarbeitslose auf dem richtigen Weg. Ein Teil der Sozialleistungen ginge dann nicht mehr an den Betroffenen selbst, sondern als Lohnkostenzuschüsse an die Betriebe. Diese können ihm so einen Lohn zahlen, der mit dieser Aufstockung ein ortsübliches Gehalt wäre.

Denjenigen, die aber fordern „Hartz IV abschaffen“, kann man nur sagen: sie müssen die komplexen und erfolgreichen Arbeitsmarktbedingungen eines modernen und wettbewerbsfähigen Sozialstaates durchdringen. Wir alle müssen der Realität des Machbaren ins Auge schauen.



Ersparnisse behalten und Chancen bekommen

Was macht eine gute Sozialpolitik aus? Erstens, dass ein bürgerfreundlicher Staat den Menschen hilft. Zweitens, dass es die Unterstützung gibt, damit alle ihre Chancen nutzen und das Beste aus ihrem Leben machen können. Und drittens, dass wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Würde jedes Einzelnen schützen. Daher ist es höchste Zeit, dass wir Hartz IV abschaffen.

Hartz IV ist ein Schlag gegen Zusammenhalt, Würde und das Gerechtigkeitsempfinden vieler. Da arbeitet man Jahre und Jahrzehnte und hat sich mühsam bescheidene Rücklagen für den Lebensabend erarbeitet. Wenn dann unverschuldet Arbeitslosigkeit eintritt und länger staatliche Leistungen notwendig werden, müssen Rücklagen und Eigentum weitgehend aufgebraucht und ausgegeben werden. Wie ein Damoklesschwert belastet dies viele im Alltag und schafft berechtigte Sorgen und Ängste. Deshalb muss es zukünftig möglich sein, dass ein höherer Anteil des Vermögens von Arbeitslosen geschont wird. Dafür werde ich mich einsetzen, denn es ist unwürdig, ungerecht und undankbar Menschen, die jahrelang mit ihrer Arbeit Konzerne und den Staat finanziert haben, einfach fallen zu lassen.

Wer arbeitslos ist, wird heute aus der Mitte unserer Gesellschaft gedrängt. Menschen müssen wieder spüren, dass sie Bürgerinnen und Bürgern mit eigenen Rechten sind. In der Regel werden Arbeitssuchende und Arbeitslose in Jobcentern als „Kunden“ behandelt und die Unterstützung bei der Arbeitssuche ist heute „Dienstleistung“. Das bedeutet im Alltag, dass Behörden scheinbar willkürlich handeln können: Betroffene berichten, wie wahllos und kurzfristig Termine in Jobcentern vergeben werden. Wer sie versäumt oder eine Weiterbildungsmaßnahme nachvollziehbar als nutzlos ablehnt, dem wird das Arbeitslosengeld gekürzt. Kann es da überraschen, wenn viele das Vertrauen in unseren Sozialstaat verlieren?

Zu oft unterstellt man, Arbeitslose seien an ihrem Schicksal selbst schuld und müssten zur Arbeit gezwungen werden. Das ist aber häufig nicht der Fall. Viel wichtiger ist, ob der angebotene Job oder die Bildungsmaßnahme wirklich weiterhelfen. Auch wenn es richtig bleibt zu erwarten, dass Menschen sich aktiv um Arbeit bemühen: die Strafen sind zu krass. Ein Jobangebot grundlos abzulehnen kann teuer werden: statt 416 Euro pro Monat bekommt ein Arbeitsloser im Schnitt schon beim ersten Verstoß nur noch 307 Euro. Wer unter 25 Jahre alt ist sogar nur noch 289 Euro. Da ist es verständlich, dass viele Arbeitslose sich bedroht statt unterstützt fühlen.

Wir brauchen eine Politik des aufrechten Gangs, die die Würde aller Bürgerinnen und Bürger wahrt. Wer seine Arbeit verloren hat,

**Hartz IV ist ein Schlag
gegen Zusammenhalt,
Würde und das Gerechtigkeits-
empfinden vieler.**

muss die Chance auf neue Arbeit bekommen. Dazu muss die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung für Qualifizierung weiterentwickelt werden. Auf deren Unterstützung muss jeder und jede Anspruch haben – egal in welchem Alter. Denn nicht immer ist ein Beruf gefragt; nicht immer reicht die Ausbildung, um angestellt zu werden oder einen eigenen Betrieb zu gründen.

Dafür brauchen wir einen starken Staat. Nur der Staat kann den Grundsatz der Chancengleichheit garantieren: dass jede und jeder, unabhängig vom sozialen Hintergrund, nach den eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten am besten gefördert wird. Der Sozialstaat muss die Bedingungen schaffen, damit sich Betroffene weiterbilden oder umschulen können. Strafen dürfen nur noch in Ausnahmen dro-

hen um Arbeitsunwillige zu sanktionieren, weil die meisten Menschen arbeiten wollen und ihr Bestes geben. Außerdem muss das Existenzminimum so berechnet werden, dass es zum Leben reicht. Kindern in den sogenannten Bedarfsgemeinschaften muss es erlaubt sein vergleichbar viel wie ihre Freundinnen und Freunde hinzu zu verdienen. Überhaupt fehlt eine zentrale Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, die sie berät und unterstützt, wenn sie Sozialleistungen beantragen wollen.

Wir brauchen endlich neue Ideen im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Der Staat muss heute passender auf unterschiedliche Lebensentwürfe reagieren. Bürgerinnen und Bürger brauchen Raum für Weiterbildung, berufliche Neuorientierung oder um selbst ein Unternehmen gründen zu können. Dafür sollte jede und jeder ein Chancenkonto in Höhe von 20.000 Euro bekommen, das über das gesamte Leben gilt. Ohne Zweifel viel Geld – doch genauso viel kostet die Unterstützung eines oder einer Arbeitslosen schon pro Jahr.

Wer hingegen bereits seit mehreren Jahren arbeitslos ist, dem hilft die Idee des sozialen Arbeitsmarkts: Langzeitarbeitslose bekommen Jobs angeboten, die der Staat mitfinanziert; nach Tarif bezahlt und ohne andere Arbeit zu verdrängen. Für die Betroffenen hieße das Licht am Ende des Tunnels und würde ihr Selbstwertgefühl stärken.

Keine Arbeit zu haben, das gehört zu dem Schlimmsten, was uns im Leben treffen kann. Das kratzt am eigenen Selbstbewusstsein und gefährdet die eigene Lebensplanung. In dieser Lage brauchen Menschen Hilfe anstatt sich bedroht zu fühlen – sie brauchen eine Politik der Chancen.



Gute Pflege geht uns alle an!

Wiebke hat ihr erstes Tagespraktikum bei einem ambulanten Pflegedienst gemacht - wie im Wahlkampf versprochen

Nicht allein durch den Pflege-Azubi Alexander Jorde und seinen Auftritt in der ARD-Wahlarena 2017 ist bekannt, dass es einen Notstand in der Pflege gibt. Mir persönlich ist das Thema früh begegnet, bereits als Schülerin habe ich in einem großen Bielefelder Pflegestift gejobbt. Darum habe ich die Pflege bereits in meinem Wahlkampf zu einem meiner politischen Schwerpunkte gemacht. Da meine Einblicke in den Pflegestift jedoch schon einige Jahre zurück liegen, habe ich versprochen, jedes Jahr mindestens ein Tagespraktikum im Bereich der Pflege zu machen. Einlösen durfte ich mein Versprechen 2018 erstmals in der Gemeindepflege der evangelisch-reformierten Gemeinde an der Süsterkirche. An diesem Tag ging es vor allem darum, einen Einblick in die ambulante Pflege zu bekommen.



Mit diesem roten Flitzer ging es quer durch Bielefeld um die Patientinnen und Patienten zu erreichen.

Ambulante Pflege bedeutet, pflegebedürftige Menschen in ihrem Zuhause zu besuchen und zu versorgen, damit sie in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können. Die Arbeitszeiten der Pflegerinnen und Pfleger sind dabei am Tagesablauf der Patientinnen und Patienten orientiert, was für das Pflegepersonal Schichtarbeit

bedeutet – oft zu Lasten der eigenen Familien. Ein Konflikt, der sich leider nicht auflösen lässt. Die Aufgaben, bei denen ich helfen durfte, waren vielfältig: Wir haben den Unterstützungsbedürftigen beim Aufstehen geholfen und sie anschließend in den Rollstuhl gesetzt, wir haben sie im Bett oder unter der Dusche gewaschen und für den Tag gekleidet. Dabei merkte ich schnell, wie anstrengend und herausfordernd die Arbeit in der ambulanten Pflege ist. Zunächst körperlich, da die Arbeit oft mit Heben oder Waschen verbunden ist. Aber sie ist vor allem auch psychisch herausfordernd, denn die Pflegenden begleiten ihre Patientinnen und Patienten oft über lange Zeit, manchmal bis zum Ende ihrer Lebenswege. Sich damit immer wieder konfrontiert zu sehen, ist sicher schwer. Gerade bei demenzten Patientinnen und Patienten ist es jedoch besonders wichtig, dass die Pflegenden sie als Bezugspersonen langfristig begleiten, denn mit der Zeit fällt es den Betroffenen auch immer schwerer zu sprechen. Die Pflegenden erleben also hautnah mit, wie Menschen, zu denen sie dank ihrer Arbeit eine Beziehung aufgebaut haben, immer mehr auf Hilfe angewiesen sind.

Was einem insgesamt sehr schnell klar wird: Jede und jeder von uns kann im Alter oder z.B. durch einen Unfall auch schon früher auf eine gute Pflege angewiesen sein. Eine gute Pflege geht uns also alle etwas an und darf nicht nur denen vorbehalten sein, die sie sich auch leisten können.

Ich bin Schwester Isabelle und dem gesamten Team der Gemeindepflege darum für diesen sehr intensiven Tag und die beeindruckende Erfahrung unheimlich dankbar. Ich nehme viele Eindrücke mit, die ich auch politisch nutzen möchte, um die Situation der Pflegenden und Gepflegten zu verbessern. Der Pflegeberuf ist gerade für seine hohen Anforderungen stark



unterbezahlt. Daher stellen sich mir die Fragen: Wie gehen wir eigentlich mit den Menschen in unserer Gesellschaft um, denen wir so viel zu verdanken haben? Und wie gehen wir mit jenen Menschen um, die sich um sie kümmern?

Die Pflege ist mir im Deutschen Bundestag ein Herzensthema geblieben. Darum bin ich sehr froh darüber, dass wir mit Claudia Moll auch endlich wieder eine Bundestagsabgeordnete in der SPD-Fraktion haben, die bis zu ihrer Wahl selbst als Pflegerin gearbeitet hat. Sie kümmert sich intensiv um das Thema und ich stehe mit ihr in einem engen Austausch.

Und dass sich politisch etwas tut, hat der 1. August 2018 gezeigt. Da hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Stärkung des Pflegepersonals beschlossen. Ziel des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes (PpSG) ist es, Pflegekräfte der Kranken- und Altenpflege im Alltag mit mehr Personal und besseren Arbeitsbedingungen spürbar zu entlasten. Dadurch sollen auch die Pflege und Betreuung der Patientinnen und Patienten sowie der Pflegebedürfti-



gen weiter verbessert werden. Das PpSG, das bereits am 1. Januar 2019 in Kraft treten soll, kann aber nur ein erster Schritt im Kampf für eine bessere Personalausstattung in der Pflege sein. In jedem Fall ist es aber das klare Signal: Wir haben verstanden.

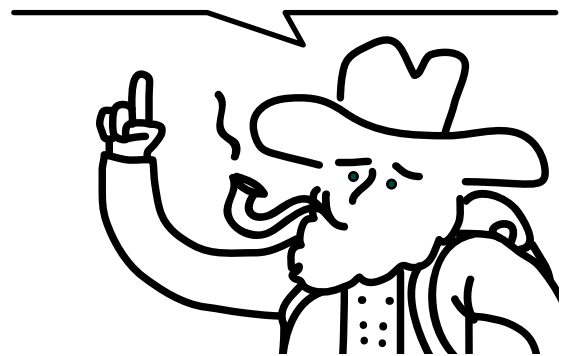
Mehr Geld für mehr Personal: Jede zusätzliche Pflegekraft in Krankenhäusern wird finanziert und jedes der 13.000 Pflegeheime in unserem Land kann vom Sofortprogramm profitieren. Noch bis 2021 werden weitere Schritte folgen, wie zum Beispiel die ‚Konzertierte Aktion Pflege‘ und ein einheitliches wissenschaftliches Personalbemessungsverfahren für die Altenpflege. Bereits mit dem PpSG setzen wir ab dem Jahr 2020 neue Impulse, damit Krankenhäuser ihre Pflege verbessern können: Eine neue, von den Fallpauschalen unabhängige, krankenhausspezifische Vergütung der Pflegepersonalkosten soll dafür sorgen, dass beim Pflegepersonal nicht gespart wird.

Die Zahl der Beschäftigten in der Kranken- und Altenpflege hat zwar in den letzten Jahren deut-

lich zugenommen und auch die Zahl der Auszubildenden in diesen Berufen hat einen Höchststand erreicht. Dennoch ist der Bedarf in der Pflege verhältnismäßig stärker gewachsen. Viele Beschäftigte in der Alten- und Krankenpflege haben in den letzten Jahren daher immer mehr Aufgaben übernehmen müssen. Die Folgen dieser gestiegenen Arbeitsbelastung sind unter anderem ein höherer Krankenstand und ein frühzeitiges Ausscheiden von Pflegekräften aus dem Beruf. Mit dem PpSG gehen wir einen ersten wichtigen Schritt, um die pflegerische Versorgung in der Kranken- und Altenpflege konkret und spürbar zu entlasten.

Ob diese Maßnahmen wirken und welche noch folgen müssen, werde ich in meinen kommenden Tagespraktika in Bielefeld überprüfen. Der Termin für nächstes Jahr steht noch aus. Wenn Sie also Interesse daran hätten, dass ich auch mal bei Ihnen vorbeikomme, dann melden Sie sich sehr gerne bei mir.

Die Bielefeld Idee – was hat es damit auf sich?: Schon vor dem Wahlkampf hat eine bunt zusammengewürfelte Gruppe die Bielefeld Idee ins Leben gerufen. Sie unterstützt Wiebke Esdar in ihrem Versprechen mit den Menschen in Bielefeld häufig persönlich ins Gespräch zu kommen. Wiebke hat konkrete, nachprüfbar Versprechen für einen besseren Austausch zwischen der Bielefeld und dem Politikgeschehen in Berlin gemacht. Dazu gehören unter anderem das Pflegepraktikum, eine Ehrenamtskonferenz und ihr Einsatz für mehr Respekt in der Gesellschaft. Zudem wird sie die Bielefeld Ideen der Bürgerinnen und Bürger zur Stärkung des Wahlkreises mit nach Berlin nehmen. In diesem Heft gibt es noch mehr Bielefeld Ideen zu entdecken.



Arm gegen noch ärmer ausspielen ist arm

Politik muss Probleme spürbar lösen statt Sozialneid zu provozieren

Vieles in unserer Gesellschaft ist im Umbruch, auch die SPD sucht nach neuen Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Dafür brauchen wir einen Diskussionsprozess. Dazu will ich beitragen und meine Meinungen mit Ihnen hier teilen.

Das gesellschaftliche Klima in Deutschland wird rauer. Mehr als zwei Drittel der Deutschen beklagen nicht nur eine Verrohung in der politischen Debatte, sie nehmen auch einen Rechtsruck in der Politik wahr, wie eine im Sommer im SPIEGEL veröffentlichte Umfrage zeigte. Dieses Ergebnis kann nicht überraschen, denn heute wirken rechtsradikale Begriffe und Ideen bis weit in die politische Mitte unseres Landes hinein. Der bayerische Ministerpräsident schreckt nicht einmal vor dem Neonazi-Begriff des „Asyltourismus“ zurück. Wir erleben, wie sich der Wertekonsens unserer Gesellschaft verschiebt und es greift zu kurz, diese Entgleisungen nur auf Ängste vor der bayerischen Landtagswahl zu schieben.

Große Teile des demokratischen Spektrums beugen sich dem Druck von AfD, Pegida und Co. Parteiübergreifend werden „Lösungen“ diskutiert und durchgesetzt, die vor wenigen Jahren noch einen Aufschrei der Empörung ausgelöst hätten. In der Migrationspolitik wiederholen sich Sätze wie „Wir können nicht alle aufnehmen“ – als hätte das jemals ernsthaft zur Debatte gestanden. Zunehmend verbreitet sich die Haltung, Solidarität und Mitgefühl bräuchten eine Grenze. Es ist nicht einmal mehr tabu, in der Öffentlichkeit darüber zu diskutieren, ob Ertrinkende im Mittelmeer gerettet werden müssen – als gäbe es Leben, das es nicht wert sei, gerettet zu werden.

Wie präsent abwertendes Gedankengut wieder ist, zeigte auch die Kindergelddebatte. Angestoßen wurde sie aus Teilen meiner Partei, weil es in Duisburg und einigen anderen Städten ein bisher nicht zu bezifferndes Problem mit Sozialleistungsbetrug gibt. Es werden weniger als zwei Prozent der Kindergeldzahlungen ins Ausland transferiert, der tatsächliche Missbrauch von Kindergeld betrifft davon einen kleinen, insgesamt also einen verschwindend geringen Anteil. Trotzdem schreckten Politikerinnen und Politiker verschiedener Parteien nicht davor zurück, das Kindergeld mit organisier-

**Das Thesen-
papier finden Sie auf
meiner Homepage:
[http://www.wiebke-
esdar.de](http://www.wiebke-
esdar.de)**

Armer selig!

ter Kriminalität in einen Topf zu schmeißen und all die EU-Bürgerinnen und -Bürger zu diskreditieren, die in Deutschland Steuern und Sozialabgaben zahlen.

Das Schema wiederholt sich: Eine Debatte wird mit oft falschen Behauptungen geführt, bei denen Zahlen und Fakten fehlen oder auf fragwürdige Weise interpretiert werden. Die Aufregung über das Thema steht in keinem Verhältnis zu den realen (ökonomischen) Auswirkungen. Man versucht dem Vorwurf etwas entgegen zu setzen, man würde sich nicht trauen, Missstände und „Lösungen“ offen anzusprechen – die bisher vor allem dadurch groß wurden, weil sie als Beispiele für rassistischen Ressentiments herhalten mussten. Und schließlich wird – und das ist das Gefährliche – bereitwillig in Kauf genommen, dass moralische Grundpfeiler unserer Gesellschaft beschädigt werden – zum Beispiel das Retten von Menschenleben oder der Gleichheitsgrundsatz der EU.

So werden Vorurteile bedient, die auf einer sich wiederholenden Logik beruhen: Es ist das Muster des Sozialneids, in dem „arm“ gegen „noch ärmer“ ausgespielt wird. Für die Ängste der ökonomisch Benachteiligten oder vom Abstieg Bedrohten werden nicht Fehler der Sozialpolitik verantwortlich gemacht, sondern das Problem wird auf die verlagert, die sich am wenigsten wehren können. Aktuell sind das die Geflüchteten und Zugewanderten, vor einigen Jahren waren es Hartz IV-Empfänger oder die Menschen in Griechenland. Dass das Ansehen und die gesellschaftliche Stellung der abgewerteten Gruppe dabei nachhaltig beschädigt werden, wird in der Hoffnung verprellte Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen in Kauf genommen. Das wird aber kein erfolgreicher und kann kein Weg der SPD sein. Weil die Menschen – ganz gleich ob mit stärkeren Schultern oder schwächeren – mehr von uns erwarten. Zu Recht. Vielmehr

noch: Wie wir in unserem politischen Handeln mit den vielen Menschen in dieser Gesellschaft umgehen, die Unterstützung benötigen, ist Gradmesser für die Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie insgesamt.

Das gelingt uns, wenn wir als SPD endlich den Nebel durchdringen, der von rechts aufsteigt und die Realitäten in unserem Land verzerrt. Es ist ein Zeichen von Schwäche, wenn wir ansetzen, die Schutzlosen aus unserem Sozialsystem zu drängen, statt den Mut aufzubringen, den eigentlichen Missbrauch unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts anzugreifen: Die ungleiche Verteilung von Vermögen, die zu oft leis-

Wie wir in unserem politischen Handeln mit den vielen Menschen in dieser Gesellschaft umgehen, die Unterstützung benötigen, ist Gradmesser für die Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie insgesamt.

tungslos vermehrt und von einer Generation zur nächsten übertragen wird, während andere durch harte Arbeit kein askömmliches Leben mehr erreichen. Dafür brauchen wir eine staatliche Einnahme- und Ausgabenpolitik, die sich an den Bedürfnissen unserer Gesellschaft orientiert und für alle gerechte Chancen verwirklicht. Unser Steuersystem muss große Vermögen, reiche Erbschaften und weltweit agierende Unternehmen endlich angemessen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen. Wir müssen dafür sorgen, dass der Blick der Deutschen nicht mehr bang nach unten, sondern wieder zuversichtlich nach oben geht. Es

ist an uns, Begriffe wie Leistungsgerechtigkeit und Staatsvertrauen wieder neu zu begründen. Wir müssen die Themen diskutieren, die den Alltag der Menschen wirklich bestimmen: Digitalisierung, bezahlbarer Wohnraum, Vertrauensverlust in staatliche Institutionen, eine askömmliche Alterssicherung um nur einige Beispiele zu nennen. Dafür brauchen wir konkrete, für die Menschen spürbare Antworten. Darum sollten wir die Idee des Chancenkontos weiter verfolgen und die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung für lebenslange Qualifizierung weiterentwickeln. Der Wert von Grund und Boden hat sich in den letzten Jahren oft leistungslos vermehrt, Baulandpreise sind massiv gestiegen. Wir brauchen mehr öffentlichen Wohnungsbau, sollten aber auch Instrumente wie Planungswerteausgleich, eine Bodenwertzuwachssteuer oder eine neue Gemeinnützigkeit von Grund und Boden in Betracht ziehen. Wenn wir Bürgerlotsen einführen, die als ein Leitsystem durch unsere komplexe Verwaltung fungieren, kann Staatsvertrauen zurückgewonnen werden, statt ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber staatlicher Bürokratie zu kultivieren. Die solidarische, gesetzliche Rentenversicherung, muss wieder der Kern unseres Rentensystems werden und Vertrauen zurück gewinnen: Zum Beispiel indem zukünftig auch wir Abgeordnete dort einzahlen.

Das sind Ansatzpunkte, die ich gemeinsam mit elf anderen jungen, neuen Bundestagsabgeordneten bereits zu Beginn der parlamentarischen Sommerpause vorgeschlagen habe. Sie sind es wert intensiv diskutiert und mit konkreten und umsetzbaren Gesamtkonzeptionen ausgestaltet zu werden. Wo alte politische Gewissheiten nicht länger selbstverständlich sind, muss die solidarische Gesellschaft neu erkämpft werden. Das geht nur mit politischem Handeln, dass das Leben der Menschen spürbar besser macht.

„Als Abgeordnete bist du immer nur so gut, wie das Team, das hinter dir steht.“

Wiebke Esdar

Darum stellt sich hier mein Team vor. Wir beginnen mit:
Frederick "Freddy" Cordes

Hi! Ich bin Freddy. Also mein richtiger Name ist Frederick Cordes, Freddy reicht aber vollkommen. ;) Ich bin knapp über 30 und habe mittlerweile den Weg aus meiner „Heimat“, dem unglaublich schönen Ruhrgebiet, nach Bielefeld gefunden. Aufgewachsen bin ich in Oberhausen, also in der Wiege der Ruhrindustrie, wie es bei uns heißt. Hier eher bekannt als „Centro-Stadt“.

Nach meinem Abitur und Wehrdienst habe ich in Bochum mein Studium der Geographie begonnen. An den Bachelor schloss ich meinen Master in Stadt- und Regionalentwicklungsmanagement an, das ist, vereinfacht gesagt, Stadtplanung / Stadtentwicklung. Während meines Studiums habe ich bei verschiedenen Unternehmen und Institutionen gejobbt, unter anderem bei der Wirtschaftsförderung der Metropole Ruhr. Außerdem leitete und organisierte ich gegen Ende meines Studiums den Oberbürgermeisterwahlkampf der SPD in Wuppertal. Da ich das wohl recht erfolgreich gemacht habe, jedenfalls wenn man den amtierenden Oberbürgermeister Andreas Mucke von der SPD fragt, durfte ich im letzten Jahr die Wahlkämpfe der SPD in Bielefeld organisieren: Bei den Landtagswahlen koordinierte ich die Zusammenarbeit der drei Bielefelder KandidInnen, bei der Bundestagswahl war ich dann als Wahlkampfleiter aktiv.

Noch am Wahlabend fragte mich Wiebke, ob ich nicht Lust hätte, ihr Wahlkreisbüro in Bielefeld zu leiten. Da musste ich natürlich nicht lange überlegen, sondern sagte sofort Ja. Ist Wiebke in Berlin, bin ich nun also derjenige, der versucht, sie hier in Bielefeld zu vertreten und zu organisieren, dass möglichst viele Menschen aus dem Wahlkreis mit ihr in Kontakt kommen. Soll heißen: Wenn ihr ein Anliegen habt und Wiebke mal nicht erreicht, dann meldet euch einfach bei mir und ich werde mich mit dem Team in Bielefeld und Berlin darum kümmern.



Das ist er, der Freddy.

Neben meinem Job hier, bin ich ehrenamtlich ebenfalls auf der politischen Bühne aktiv. Und das (wie sollte es auch anders sein?) natürlich in der SPD. Seit 2014 bis Oktober 2018 bin (war) ich Vorsitzender der großartigen NRW Jusos. Darüber hinaus engagiere ich mich als Mitglied im Landesvorstand der NRW SPD. Dort sind meine politischen Schwerpunkte: „#Zukunft gibt's nicht für lau!“ - also der Kampf für Verteilungsgerechtigkeit, um als Politik genügend Mittel für Investitionen in eine gute Zukunft zu haben, sowie Finanz- und Steuerpolitik, Nachhaltige Wirtschaftspolitik und Stadtentwicklung.

Daran erkennt ihr: ich bin ein Mensch mit eigenem politischen Gestaltungsanspruch und mit eigener politischer Meinung. Und die vertrete ich auch öffentlich. Das ist für uns, also für Wiebke und für mich, zum Glück kein Widerspruch. Vielmehr sehen wir die dadurch entstehenden Diskussionen als Stärke unseres Teams an. Zwar stimmen Wiebke und ich am Ende nicht in allen politischen Meinungen hundertprozentig überein, in den meisten Fällen kappt's aber trotzdem ganz gut! ;-)

Vielleicht noch kurz zu meinen Hobbys: Neben der Politik reise ich gerne (am liebsten mit dem Segelboot) und mache furchtbar gerne Fotos. Kochen und Musik seien an dieser Stelle auch noch erwähnt. Zusammenfassend kann ich sagen: Ich freue mich, dass ich das Privileg habe, diesen Job machen zu dürfen. Und ich freue mich schon darauf, mit euch in Kontakt zu kommen –telefonisch, per Mail oder persönlich im Büro in der Arndstraße.

Beste Grüße und ein herzliches Glück Auf!
Euer Freddy

ZAHLEN EINER ABGEORDNETEN



FOTOCOLLAGE



Klassische Aufgaben einer Abgeordneten: Jubilarehrungen und Ortsvereinsversammlungen



Große Diskussionen um die GroKo – da hab ich mich auch immer wieder gegenüber der Presse zu geäußert



Dieselumrüstung – um dazu den aktuellen Stand zu besprechen, hab ich mit der Kreishandwerkerschaft Bielefeld getroffen.



Während des jährlichen Know-how-Transfer der Wirtschaftsjunioren, hat mich Ole Möhlenkamp von den Bielefelder Erlebnismanagern eine Sitzungswoche lang in Berlin begleitet.



Gruppenfoto mit Willy-Brandt – die Gäste meiner ersten Berlinfahrt haben neben Ministerium, Reichstag und historischen Orten auch die Parteizentrale der SPD besucht.



Die Gäste meiner zweiten Berlin-Fahrt nach drei Tagen politischem Bildungsprogramm



Das Reden im Bundestag macht mir richtig Spaß, ich bin aber immer noch auch ziemlich aufgeregt



Nele Bories hab ich zum GirlsDay nach Berlin eingeladen. Der Tag startete mit einem gemeinsamen Frühstück mit Andrea Nahles.



Kochen und Klönen – unter diesem Motto treffen sich inzwischen regelmäßig Menschen aus dem Ostmannturnviertel mit Politikern. Parteiübergreifend.



Kevin Kühnert hat uns im neuen Arminia-Trikot zum Christopher Street Day in Bielefeld besucht

Wie in jedem Jahr, sind wir am 1. Mai zum Tag der Arbeit mit den Gewerkschaften auf die Straße gegangen.



Interview mit: Hubertus Heil

Wiebke Esdar: Hubertus, gerade in der Pflege fehlt häufig gut ausgebildetes Personal. Was müssen wir als Politik tun, damit mehr Menschen den Pflegeberuf ergreifen?

Hubertus Heil: Wir müssen insgesamt dafür sorgen, den Pflegeberuf attraktiver zu machen. Wir brauchen zukünftig viel mehr gut qualifizierte und motivierte Pflegekräfte und deswegen ist die Politik jetzt gefordert, gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Insgesamt muss aber in der Gesellschaft die Wertschätzung für die Arbeit der Pflegekräfte steigen. Wertschätzung heißt auch, dass Pflegekräfte ordentlich bezahlt werden für körperlich und psychisch anstrengende Tätigkeiten. Deswegen haben meine Kollegen Franziska Giffey, Jens Spahn und ich die Konzertierte Aktion Pflege ins Leben gerufen, um genau auf diese Fragestellungen Antworten zu erhalten.

Wiebke Esdar: Ich finde, ein Problem liegt auch in den Arbeitsbedingungen. Nicht nur in der Pflege sind zu niedrige Löhne und Befristungen für viele Menschen Realität. Welche Chancen siehst du hier im Koalitionsvertrag?

Hubertus Heil: Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, den Personalschlüssel zu verbessern und eine Ausbildungsoffensive für Pflegerinnen und Pfleger zu starten. Das ist auch Maßgabe der Konzertierten Aktion Pflege. Wir wollen Grundlagen dafür schaffen, um den Arbeitsalltag und die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften spürbar zu verbessern und die Ausbildung in der Pflege zu verbessern. Und wir wollen die Bezahlung in der Altenpflege

nach Tarif stärken. Der Mangel an Pflegekräften hat auch damit zu tun, dass nur 20 Prozent der Beschäftigten nach Tarifvertrag beschäftigt werden. Mir ist wichtig, dass wir in der Altenpflege insgesamt endlich mehr Tarifbindung hinbekommen und am Ende der Debatte ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag steht.

Wiebke Esdar: Trotz Fachkräftemangel gibt es in Deutschland noch immer über 800.000 Langzeitarbeitslose. Mit dem "sozialen Arbeitsmarkt" willst du gegensteuern. Wie sieht dieses Konzept aus?

Hubertus Heil: Viele Menschen profitieren ja von dem seit neun Jahren andauernden Wirtschaftsaufschwung. Aber es gibt eben auch viele, die trotzdem absehbar kaum eine Chance auf eine reguläre Beschäftigung haben, sei es, weil sie unzureichend qualifiziert, körperlich nicht fit sind oder andere Probleme haben, die sie bisher in der Arbeitslosigkeit gehalten haben. Für diese Menschen wird das neue Teilhabechancengesetz eine echte Perspektive eröffnen. Wir schaffen ein neues Regelinstrument, mit dem wir Menschen in Arbeit bringen wollen, die seit Jahren von der Grundsicherung leben. Dazu soll ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt mit individuellen Unterstützungs- und Betreuungsangeboten geschaffen werden. Der Bund stellt dafür bis 2022 vier Milliarden Euro zur Verfügung. Arbeit zu haben und für sich selbst sorgen zu können, ist eine Frage der Würde und Teilhabe.

Wiebke Esdar: Andrea Nahles hat zudem vor kurzem Sanktionen für junge Arbeitslose in Frage gestellt. Braucht es statt

Sanktionen nicht allgemein ein System von Anreizen?

Hubertus Heil: Der Anreiz zur Arbeit muss natürlich immer im Vordergrund stehen. Das schaffen wir unter anderem mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik wie dem sozialen Arbeitsmarkt oder der Qualifizierungsoffensive, mit der Menschen fit für zukünftige Aufgaben in Unternehmen gemacht werden sollen. Ich finde, wir müssen in diesem Zusammenhang auch über das System der Sanktionierungen und deren Sinnhaftigkeit nachdenken. Klar ist für mich aber auch, dass es eine doppelte Verantwortung gibt: Der Staat kümmert sich um die, die nicht mehr oder gerade nicht können; und jeder Einzelne hat die Verantwortung, den Staat soweit es geht zu unterstützen, indem er für sich selbst mit sorgt. Ich bin also sowohl für Anreize und Chancen als auch für Mitwirkungspflichten. Wie genau wir unseren Sozialstaat noch zukunftsfester gestalten können, werden wir in unserem Zukunftsdialog „Neue Arbeit. Neue Sicherheit erarbeiten.“

Wiebke Esdar: In der digitalen Arbeitswelt verändern sich Anforderungen von Jobs deutlich schneller als früher. Was tut die Bundesregierung, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht den Anschluss verlieren und arbeitslos werden? Wo siehst du die Chancen der Digitalisierung?

Hubertus Heil: Infolge der Digitalisierung werden neue interessante Berufsfelder entstehen. Viele Menschen werden ihren Arbeitsalltag zeit- und ortsflexibler gestalten können und damit Beruf und Familie besser vereinbaren können.

Hubertus Heil, geboren 1972, ist Bundesminister für Arbeit und Soziales, Mitglied des SPD-Parteivorstands und Mitglied des Bundestages. Er war stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Generalsekretär der SPD.

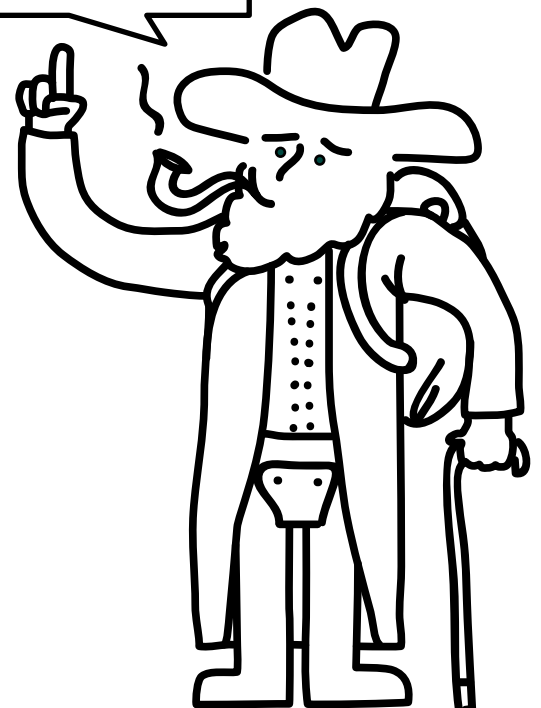


Aber diese neue Arbeitswelt braucht auch neue Regeln und Sicherheiten. Und wir müssen diejenigen mitnehmen, die jetzt schon im Job sind. Deshalb brauchen wir eine neue Weiterbildungskultur und neue Qualifizierungsmöglichkeiten. Einen ersten Schritt machen wir mit dem Qualifizierungschancengesetz. Damit wird die Förderung von Weiterbildung durch die Bundesagentur für Arbeit möglich und auch die Beratung durch die BA, wenn die Menschen noch im Job sind. Das ist ein Paradigmenwechsel und ein erster Schritt zur Arbeitsversicherung.

Wiebke Esdar: Hier in Bielefeld hat die Agentur DigitalEnabler für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die 25-Stunden-Woche eingeführt - bei gleichem Gehalt. Wie findest du es, wenn Unternehmen selbst die Initiative ergreifen und ihren Angestellten mehr Flexibilität ermöglichen? Ist das ein Modell für die Zukunft?

Hubertus Heil: Wir haben im Koalitionsvertrag verabredet, über eine Tariföffnungsklausel im Arbeitszeitgesetz Experimentierräume für tarifgebundene Unternehmen zu schaffen. Damit wollen wir eine Öffnung für mehr selbstbestimmte Arbeitszeit der Arbeitnehmer und mehr betriebliche Flexibilität in der zunehmend digitalen Arbeitswelt erproben. Auf Grundlage dieser Tarifverträge kann dann durch Betriebsvereinbarungen insbesondere die Höchstarbeitszeit wöchentlich flexibler geregelt werden. Wenn sich diese Form der Flexibilität zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern als sinnvoll und produktiv herausstellt, kann das ein gutes Modell für die Zukunft sein.

Der Minister wird von vielen Hubi genannt. Verrückte Hühner, diese Niedersachsen.



Wiebke unterwegs



Solidarität mit HIV-Erkrankten

Weltweit leben über 36 Millionen Menschen mit HIV. Viele von ihnen leiden auch heute noch darunter, stigmatisiert und ausgegrenzt zu werden. Umso wichtiger ist es mir, Solidarität mit HIV-Erkrankten zu zeigen und Aufklärungsmaßnahmen zu unterstützen. Eine gute Gelegenheit dafür bietet der jährliche Welt-AIDS-Tag, der die Erkrankung ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rufen soll. Am 1. Dezember hieß es für mein Wahlkreisbüroteam und mich deshalb schon früh morgens um halb sechs: Raus aus den Federn und mit Aufklä-

rungsflyern sowie AIDS-Schleifen auf zu Frühverteilungen am Bielefelder Hauptbahnhof und an der Universität. Ich habe mich gefreut, wie positiv auf unsere Aktion reagiert wurde und wie viele Menschen wir mit unserer Aufklärungsarbeit erreichen konnten!



Europatag an der Luisenschule

Einmal Lehrerinnenluft schnuppern: Im Rahmen des EU-Projekttags „Europa kommt in die Schule“ durfte ich an meiner Patenschule, der Luisenschule, am 4. Mai eine Politikstunde der etwas anderen Art gestalten. Gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern der 9c diskutierte ich über die Geschichte der Europäischen Union, aktuelle Herausforderungen und ihren Blick auf Europa. Klar ist: Die europäische Idee ist und bleibt eine generationsübergreifende. Gerade deshalb liegt es mir besonders am Herzen, mich bereits mit den Jün-

geren über Visionen und Anregungen für ein vereintes, solidarisches Europa auszutauschen und die europäische Idee so weiterzutragen und aktiv auszugestalten. Obschon eine Schulstunde dafür selbstverständlich nicht ausreicht, hoffe ich, den Schülerinnen und Schülern dennoch einige Denkanstöße mitgegeben zu haben. Ich persönlich habe aus dem Austausch auf jeden Fall neue Impulse mitgenommen!



Let's Talk about Europe! Hieß es beim Europatag an der Luisenschule



Preisübergabe in der Universität Bielefeld

Partizipationspreis

„DANKE BIELEFELD“ heißt die Aktion, die von Dr. Faraj Remmo gegründet wurde, um regelmäßig einen Wander-Partizipationspreis an Personen zu verleihen, die sich öffentlich für Integration und Inklusion stark machen. Dass mir diese Ehre zuteilwurde, hat wohl mit meinem langjährigen Engagement im Bielefelder Bündnis gegen Rechts zu tun. Ausgezeichnet wurde ich gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vom Café 3b, die Menschen mit Behinderung, ihre Angehörigen und Vertrauens-

personen beraten, Veranstaltungen durchführen und einen Freizeittreff anbieten. Sie leben so Inklusion ganz praktisch. Dazu möchte ich aus persönlicher Überzeugung auch als Politikerin meinen Beitrag leisten und freue mich daher sehr mit dem Partizipationspreis ausgezeichnet worden zu sein. Also: DANKE BIELEFELD, DANKE FARAJ für die Ehrung und auf unser zukünftiges Engagement für Partizipation.

Radtour Global Goals:

Das nenne ich mal „Nachhaltigkeit aktiv erFAHREN“: Gemeinsam mit dem Welthaus Bielefeld ging's auf Radtour entlang der Global-Goals-Strecke: Mit einer illustren Truppe erkundeten wir die rund um das Bielefelder Stadtgebiet gelegenen Lernstationen zu den globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen. Schönes Wetter, nette Leute und neue Erkenntnisse darüber, wie man selbst die Entwicklungsziele unterstützen kann – absolut empfehlenswert!

In Bielefeld erledige ich die meisten Fahrten mit dem Rad. Das Radfahren versuche ich darum auch in meinen politischen Aktivitäten einzubinden - bei politischen Radtouren und auch bei der Schirmherrschaft



MITeinander Bielefeld erfahren

Ich freue mich die Schirmherrschaft über das Projekt "MITeinander Bielefeld erfahren" bekommen zu haben. Fahrräder bewegen Bielefeld e.V. verfolgt mit all seinen Projekten das Ziel der Fahrradmobilität für alle Menschen in Bielefeld. Bei dem Projekt steht der Betrieb eines speziellen E-Bike-Tandems (»Fun2Go«) im Mittelpunkt. Dies soll auch Menschen, die nicht Fahrrad fahren können oder in dieser Fähigkeit

eingeschränkt sind, zur gemeinschaftlichen Fahrradmobilität verhelfen. Da der Verein auf Spenden angewiesen finden Sie hier die Bankverbindung:

IBAN: DE53 4805 0161 0050 0820 80
BLZ: 480 501 61 Sparkasse Bielefeld
(Bitte "MITeinander Bielefeld erfahren" im Verwendungszweck angeben!)

Erste Ehrenamts- konferenz

Engagierte Bürgerinnen und Bürger tragen hier in Bielefeld ebenso wie andernorts beispielsweise dazu bei, dass es ein breites Freizeitangebot gibt oder dass Bedürftigen geholfen wird. Es liegt mir daher besonders am Herzen, das Ehrenamt zu unterstützen und zu fördern.

Um eine Austauschplattform zwischen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern und der Politik zu schaffen, veranstalte ich nun am 23.10.18 ab 18:00 Uhr,

unter dem Motto „Ganztag als Problem, Ganztag als Chance“ meine erste Ehrenamtskonferenz im THEATERLABOR im TOR 6 (Hermann-Kleinewächter-Str. 4, 33602 Bielefeld).

Ich freue mich darauf, mehr über Ihre vielseitigen Tätigkeiten zu erfahren und hoffe auf Ihr zahlreiches Erscheinen! Anmeldung unter wiebke.esdar.wk@bundestag.de

**DIE
BIE
LEF
ELD
IDEE**

Einladung zur Bürger- sprechstunde

Meine nächste Bürgersprechstunde wird zusammen mit Björn Klaus (Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion) am 5. Dezember 2018 ab 18:30 Uhr in meinem Wahlkreisbüro (Arndstr. 6-8; 33602 Bielefeld) stattfinden. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, kommen Sie gerne vorbei.



Als Martin Schulz im Wahlkampf in Bielefeld war, sprach Julius die Bundestagskandidatin Wiebke einfach an - und wurde so der erste Fsj'ler in ihrem Büro.

Ein FSJ im Bundestag? Erwartungen übertroffen!

Als wir mit unserer Klasse im Jahr 2014 in Berlin den Bundestag besuchen wollten, mussten wir in der obligatorischen Sicherheitsschleuse gespannt Schlange stehen. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, denn neidisch blickte ich auf die vielen Menschen, die mit gezücktem Ausweis völlig normal durch die Schleuse neben uns gehen durften. Damals habe ich natürlich nicht damit gerechnet, dass ich irgendwann einmal „einer von denen“ sein würde. Was genau steckt alles hinter der parlamentarischen Arbeit im Bundestag? Was passiert abseits von den Debatten und Reden im Plenarsaal? Das wollte ich gerne erfahren. Nun haben wir September 2018 und ich kann sagen: Nach elf Monaten, in denen ich Wiebke begleitet und ihr Team unterstützt habe, zuerst in Bielefeld und dann in Berlin, habe ich Antworten auf viele Fragen erhalten. Ich habe tolle Menschen kennengelernt und durfte viele Blicke hinter die Kulissen werfen. Davon möchte ich an dieser Stelle berichten.

Wie hat man sich ein FSJ im Bundestag vorzustellen? In erster Linie ist das Büro mein Arbeitsplatz, hier sitze ich zusammen mit Anna, Lukas und Pat. Unsere Aufgabe ist es, Wiebke zuzuarbeiten, damit sie ihren Job als Abgeordnete in bestmöglicher Art und Weise ausführen kann. Man glaubt gar nicht, wie viel Arbeit damit verbunden ist! Zu meinen alltäglichen Aufgaben gehört vor allem eines: das Schreiben. Neben Pressemitteilungen verfasse ich regelmäßig Sitzungswochenberichte für Wiebkes Homepage, die über ihre Arbeit in Berlin informieren sollen. Dazu kommen FSJ-Berichte, in denen ich von meinen persönlichen Erlebnissen erzähle. Schaut da gerne mal rein! Darüber hinaus darf ich selbst Rechercheaufgaben übernehmen. Wiebkes Termine, Sitzungen und Antworten auf Zuschriften müssen inhaltlich gut vorbereitet werden. Außerdem gehören organisatorische Dinge in meinen Aufgabenbereich. Da Anna halbtags arbeitet, übernehme ich ab der Mittagszeit teilweise ihre Aufgaben. Ich halte den Kalender aktuell, gehe ans Telefon und sortiere die Post, Zeitschriften und Presse werden auf relevante Artikel geprüft. Zu diesen regelmäßigen Tätigkeiten kommen noch spon-

tane Aufgaben, wie zum Beispiel das Betreuen und Herumführen von Besuchergruppen. Da ich vollständig in die Organisation von Wiebkes Terminen integriert bin, kann ich ihren Arbeitstag genau nachvollziehen. Auch kann ich an der Arbeit des restlichen Teams teilhaben, bin bei Bürobereinigungen dabei und bin so immer genau über alle Vorgänge informiert und weiß, welcher Aufwand hinter all dem steckt.

Neben der Büroarbeit bemühe ich mich natürlich, Wiebkes Arbeit auch direkt aus ihrer Sicht mitzubekommen. Ich begleite sie zu Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen und darf bei vielen weiteren Sitzungen dabei sein. Besonders spannend ist es, wenn Ministerinnen oder Minister aus der SPD anwesend sind und man Informationen „aus erster Hand“ bekommt. Dazu kommen natürlich die großen Plenarsitzungen, die ich auch regelmäßig beobachte. Darüber hinaus kann ich Wiebke zu Terminen mit Einzelpersonen, Vereinen oder auch zu Abendveranstaltungen begleiten. Ich nutze jede Gelegenheit, um möglichst viel miterleben zu können. So habe ich hin und wieder auch die Möglichkeit, mit anderen Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Eine recht klare aber doch wichtige Erkenntnis habe ich so sehr früh gemacht: Abgeordnete sind auch nur ganz normale Menschen.

Durch dieses hautnahe Miterleben der parlamentarischen Arbeit kann ich mir mittlerweile ein sehr gutes Bild davon machen, wie Politik im Bundestag funktioniert. Im Büro wird mir sehr viel Vertrauen entgegengebracht, wodurch ich immer wieder neue Erfahrungen machen kann.

Ein tolles, weiteres Angebot bietet die SPD-Fraktion: Regelmäßig können Einrichtungen wie Kanzleramt, Bundesrat, Staatskanzlei, Ministerien oder auch verschiedene Ausstellungen ohne großen Aufwand besucht werden. Außerdem werden immer wieder spannende Gespräche mit Abgeordneten organisiert. Weitere Höhepunkte waren ein Studiobesuch bei Maybrit Illner, die Kanzlerinnenwahl sowie das groß angelegte Planspiel „Jugend und Parlament“. Hier konnte ich für vier Tage in die Rolle eines Abgeordneten schlüpfen und mit über 300 weiteren Jugend-

lichen und jungen Erwachsenen aus ganz Deutschland an den Originalschauplätzen debattieren, streiten und abstimmen.

Der für mich größte Höhepunkt spielt sich allerdings jeden Tag ab: Dass ich tatsächlich im Deutschen Bundestag arbeiten darf, durch diese geschichtsträchtigen Räume gehen kann und dem politischen Geschehen so nah bin, ist jeden Tag wieder etwas ganz besonderes für mich. Dafür kann ich allen Beteiligten nur eines sagen: Vielen Dank!



Ich bin der Neue. Mein Name ist Nelis Heidemann, ich bin 18 Jahre alt und komme aus Bielefeld. Nach erfolgreichem Schulabschluss darf ich Wiebkes Team in Berlin seit dem ersten September als FSJler unterstützen.

In meiner Freizeit engagiere ich mich in meinem Handballverein nicht nur als aktiver Spieler, sondern auch als Jugendtrainer und Schiedsrichter. Ich freue mich schon sehr auf die vielen spannenden Eindrücke von der Arbeit im Parlament, die ich bestimmt sammeln werde.

Kein Steuergeld für Neonazis

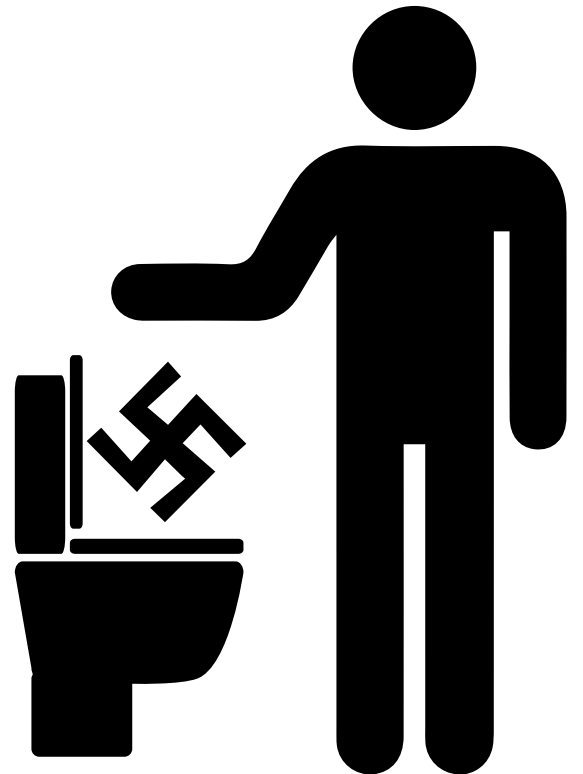
Auf Antrag von SPD, CDU/CSU und FDP hat der Deutsche Bundestag beschlossen, dass die rechtsextreme NPD zukünftig von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen werden soll. Damit gilt künftig: Die Neonazi-Partei erhält kein Steuergeld mehr.

Die NPD lehnt das Grundgesetz ab und ist gegen unsere freiheitliche Grundordnung. Das hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil festgestellt. Wir haben jetzt verhindert, dass Neonazis weiter Steuergeld für ihre menschenverachtenden Ideologien und Handlungen missbrauchen können. Diese Millionen sind besser in Programme für ein tolerantes und offenes Miteinander investiert.

Klar ist aber auch: der Kampf gegen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit endet mit die-

ser Entscheidung nicht. Schon gar nicht darf sie als Alibi dienen. Wir alle sind aufgerufen, auch weiterhin klare Kante gegen Hass und Hetze zu zeigen. Egal ob im Parlament, im Ehrenamt oder auch im Beruf. Angst vor ökonomischem Abstieg und Benachteiligung müssen wir aktiv entgegnetreten, aber das darf keine Rechtfertigung für Gewalt gegen Andere sein. Alle haben das Recht auf Respekt und ein gutes Leben für sich und ihre Familien. Für diese Form gelebter Solidarität stehe ich.

Der Beschluss des Bundestags gilt für sechs Jahre und kam mit den Stimmen von Union, SPD, FDP, Linken und Grünen zustande. Die AfD enthielt sich.



Mietwende jetzt

Unsere Antwort auf die soziale Frage des 21. Jahrhunderts

Bezahlbare Mieten sind die drängendste soziale Frage unserer Zeit. Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir in der Koalition mehr Mieterschutz und sozialen Wohnungsbau durchgesetzt. Das ist Anfang September vom Bundeskabinett beschlossen worden. Auch der Wohngipfel der Bundesregierung hat einige Forderungen der SPD aufgegriffen: So sollen Mieterinnen und Mieter wirksam vor der Umwandlung ihrer Wohnungen in Eigentumswohnungen geschützt, neue Wohnungen mit langer Sozialbindung gebaut und ländliche Räume gestärkt werden, indem Stadt- und Ortskerne wiederbelebt werden. Damit haben wir wichtige Verbesserungen für die Mieterinnen und Mieter in Deutschland erreicht, welche die SPD mühsam durchboxen musste.

Doch die dramatische Lage am Markt zeigt: Wir müssen noch mehr tun. Viele Menschen – auch

in Bielefeld – haben Sorgen, sich ihre Wohnung nicht mehr leisten zu können, in der sie teilweise seit Jahrzehnten leben. Unser langfristiges Ziel ist, dass niemand mehr als ein Drittel seines Einkommens für die Miete bezahlen muss. Dies erfordert mutige Entscheidungen, denn: Der Miet-Markt ist kein Markt wie jeder andere. Raum zum Leben ist ein Grundrecht, Wohnraum muss bezahlbar sein. Wir müssen mutig sein, wenn es um die Interessen von Millionen Mieterinnen und Mietern in Deutschland geht. Als SPD sind wir darum bereit, schnell zu handeln. Mit einem ganzen Paket von Maßnahmen: Mit einem Mietpreisstopp, mit dem es keine Mieterhöhung für fünf Jahre über die Inflation hinaus geben darf, werden wir der Herausforderung gerecht, ohne die berechtigten Interessen der Vermieterinnen und Vermieter zu verletzen. Damit schützen wir auch redliche

Vermieterinnen und Vermieter. In der Atempause von 5 Jahren können wir mehr Wohnraum durch die Förderung von öffentlichem und privatem Wohnbau – auch für Studierende und Azubis – schaffen und so die Lage am Wohnungsmarkt entspannen. Darüber hinaus wollen wir die Spekulationen mit Wohnungen und Grundstücken verhindern und vor missbräuchlichen Eigenbedarfskündigungen schützen.

Wir fordern CDU/CSU auf, eine wirksame Mietwende nicht länger zu blockieren. Wohnungen dürfen keine Geldanlage für Konzerne sein, aus denen man immer mehr Profit quetschen kann. Wohnungen sind ein Zuhause für Menschen. Die Mieterinnen und Mieter zählen und nicht der Profit.

Wiebke in Berlin bei einem Pressegespräch zu aktuellen bildungspolitischen Themen zusammen mit Oliver Kaczmarek und Marja-Liisa Völlers.

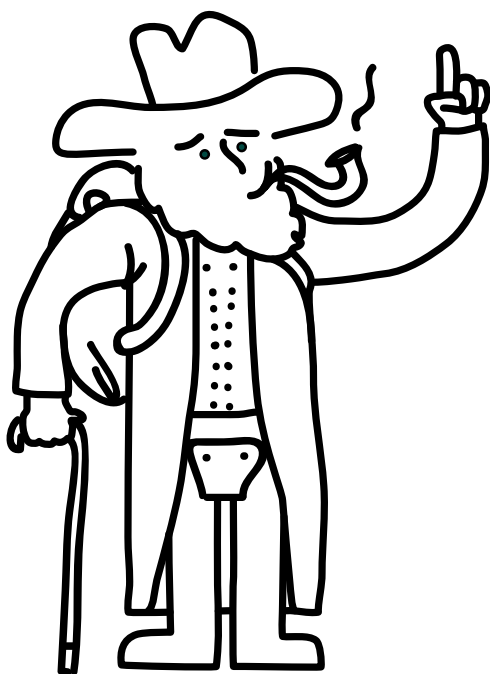


Wiebke Esdar leitet das Wissenschaftsforum

Ende Juni hat der SPD-Parteivorstand mich zur neuen Vorsitzenden des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie ernannt. Das Forum leite ich gemeinsam mit Oliver Kaczmarek, dem Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion. Ich freue mich sehr über diese neue Aufgabe. Ich bin nach meiner hochschulpolitischen Tätigkeit, der Erlangung des Dokortitels und der Hochschulforschung aus der Wissenschaft in die Politik gewechselt. Durch meine Mitgliedschaft im Ausschuss für Bildung, Forschung und Tech-

nikfolgenabschätzung und den Vorsitz des Wissenschaftsforums ergibt sich nun eine tolle Möglichkeit, meine Fachkompetenz und Erfahrung für die Hochschulen, deren Beschäftigte und Studierende in der Politik zu nutzen. Bildung und Forschung sind zudem zentrale Pfeiler für die Zukunftschancen unseres Landes. Um diese zu nutzen, will ich als Mitglied des Wissenschaftsforums den engen Dialog und Austausch mit allen Gruppen und den Hochschulleitungen aus Fachhochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen

führen. Denn die Aufgaben sind groß: Wir brauchen mehr Qualität in der Hochschullehre, bessere Arbeits- und Forschungsbedingungen und endlich verlässliche Karrierewege für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Voraussetzung dafür bleibt insbesondere eine bessere Grundfinanzierung.



Hintergrund:

Das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie wurde 1990 gegründet und soll einen dauerhaften, deutschlandweiten Austausch mit den jeweils Verantwortlichen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Studierenden und Hochschulmitarbeitenden ermöglichen. Dazu werden Konferenzen und Fachgespräche organisiert, aber auch eigene Positionen und Publikationen veröffentlicht.

Wiebke Esdar hat an der Universität Bielefeld promoviert, gelehrt und geforscht. Bis zur Bundestagswahl 2017 leitete sie ein Forschungsprojekt, das die Verbesserungsmöglichkeiten für die Hochschullehre untersucht.

Mitglied im Bildungs- und Finanzausschuss des Deutschen Bundestages

In der 19. Wahlperiode darf ich mich in wichtigen und meinen gewünschten Ausschüssen des Deutschen Bundestages für Bielefeld und Werther engagieren: Als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und im Finanzausschuss. Zudem bin ich stellvertretendes Mitglied im Sportausschuss und im Unterausschuss für bürgerschaftliches Engagement. Das ist nicht selbstverständlich, da diese Ausschüsse sehr begehrt sind.

Schon während meiner Kandidatur hatte ich das Ziel, in den Bildungsausschuss zu kommen. Dass dies geklappt hat, freut mich ganz besonders. Ich kann und möchte hier meine vorherigen beruflichen Erfahrungen als Wissenschaftlerin bestmöglich in den Bundestag einbringen. Im Bereich der Bildung und Forschung will ich mich stark machen für bessere Studien-, Lehr- und Arbeitsbedingungen an den Hochschulen und für eine starke Forschungs- und Innovationspolitik für Deutschland und die Wissenschaftsstadt Bielefeld.

Nach der Sommerpause wurde ich kürzlich auch zu meiner ersten Sitzung des Finanzaus-

schusses begrüßt. Frei nach dem Motto ‚Ohne Moos nix los‘ hat mich die Finanzpolitik von Anfang an begleitet – als Mitglied der zentralen Finanzkommission an der Uni Bielefeld oder im Finanz- und Personalausschuss des Stadtrates. Nach intensiver inhaltlicher Vorbereitung in der Sommerpause, gehe ich mit großer Spannung an die neue bundespolitische Aufgabe.

In Berlin möchte ich mich mit dafür stark machen, die leider schon berühmte Schere zwischen Arm und Reich endlich zu schließen. Familien sowie kleine und mittlere Einkommen müssen dafür spürbar entlastet werden, sodass monatlich mehr Geld im Portemonnaie bleibt. Gleichzeitig dürfen wir die Finanzierung wichtiger Zukunftsaufgaben, wie Bildung und bezahlbaren Wohnraum, nicht aus dem Blick verlieren. Daher wollen wir als SPD durchsetzen, dass große Digitalkonzerne endlich ihrer Verpflichtung nachkommen, in Deutschland Steuern abzuführen. Hier darf es keine wie auch immer gearteten Steuervermeidungstricks mehr geben. Üppige Gewinne in

Deutschland heißen selbstverständlich auch, Steuern im Land zu zahlen. So einfach ist das. Im Rahmen meiner übernommenen Berichterstattungen für die SPD-Arbeitsgruppe Finanzen werde ich mich zukünftig um den Einkommensteuertarif, dessen Bemessungsgrundlage sowie insbesondere um die Verbesserungen der Besteuerung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kümmern. Im Jahr 2018 warten sogleich auch zwei Gesetzesvorhaben auf die Umsetzung im Parlament. Sowohl das Familienentlastungsgesetz als auch die steuerliche Förderung von Mietwohnungsneubau sollen zügig beschlossen werden.

In den Bereichen Sport und bürgerschaftliches Engagement geht es mir darum, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für starke Vereine und eine starke Zivilgesellschaft zu schaffen. Den Beitrag, den der Sport und weitere ehrenamtlich Engagierte für unsere Gesellschaft leisten, können wir gar nicht genug wertschätzen. Dazu arbeite ich auch in Berlin im Rahmen dessen, was eine Stellvertreterposition ermöglicht.

Wahlversprechen eingelöst

Wiedereinführung der Parität bei der Krankenversicherung

Das Bundeskabinett hat beschlossen, dass Arbeitgebende wieder genau so viel Geld zur gesetzlichen Krankenversicherung beisteuern müssen, wie Arbeitnehmende. Der Zusatzbeitrag, den Arbeitnehmende bisher alleine bestreiten mussten, wird in Zukunft wieder hälftig aufgeteilt. Damit wurde ein zentrales Wahlversprechen der SPD eingelöst. Das solidarische Tragen der Kosten für die Krankenversicherung wird Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Rentnerinnen und Rentner spürbar entlasten. Durchschnittlich werden Arbeitende so ungefähr 200 Euro im Jahr mehr übrig haben als bisher.





Zwei Haushalte in einem Jahr

Die Bundestagswahl macht's nötig!

Der Deutsche Bundestag hat das Budgetrecht: Er legt den Haushaltsplan für das jeweils nächste Jahr fest. Aufgrund der langen Phase zwischen der Bundestagswahl und der Bildung der Bundesregierung hat das Parlament erst Anfang Juli abschließend über den Bundeshaushalt für 2018 beraten, also rückwirkend für das laufende Jahr. Im November wird dann der 2019er-Haushalt beschlossen – und zwar im üblichen Verfahren im Voraus für das kommende Haushaltsjahr.

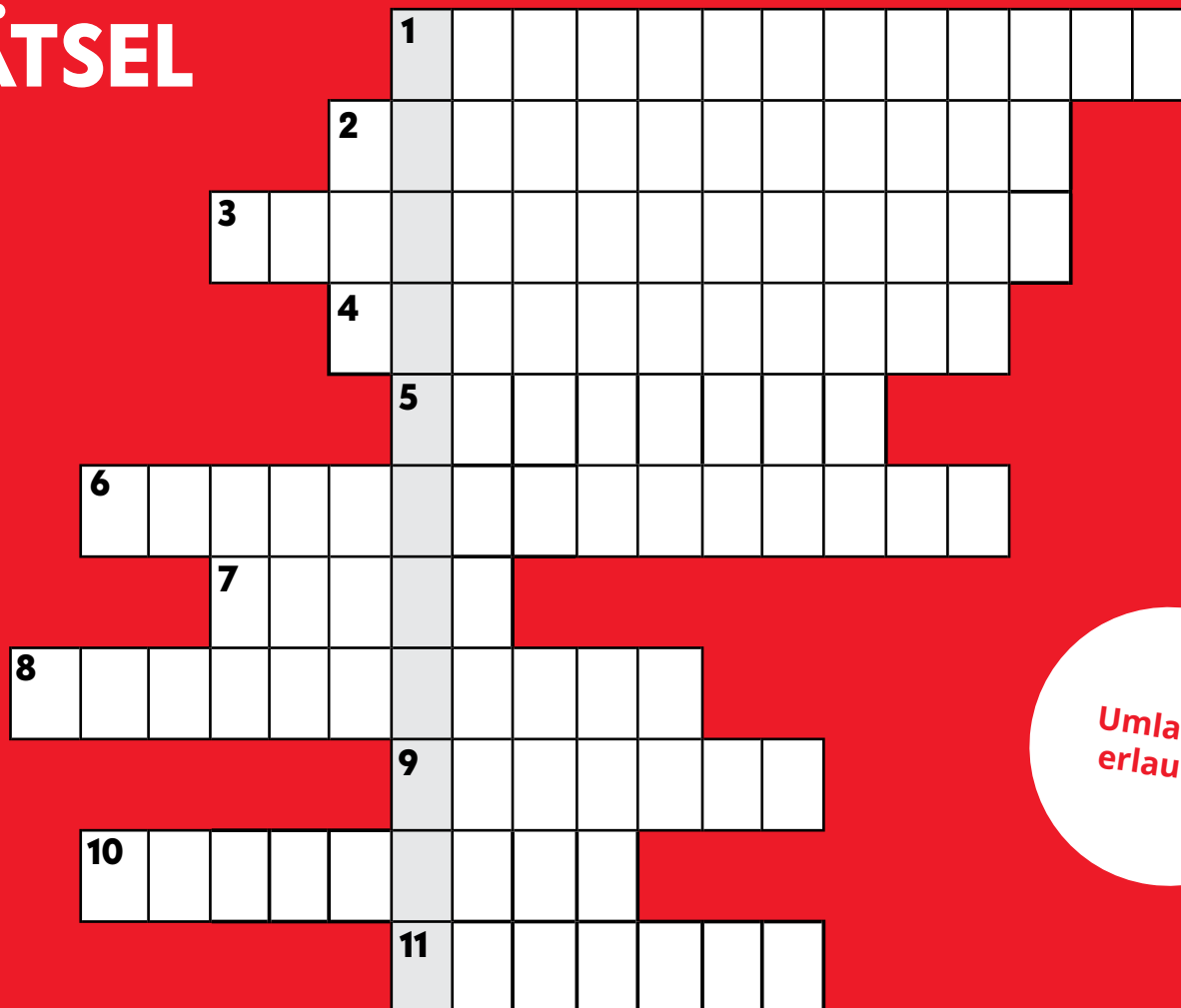
Während der sogenannten Haushaltsdebatten werden die Etats für die einzelnen Bundesministerien vorgestellt, diskutiert und jeweils einzeln in bis zu drei Lesungen im Plenum des Bundestages darüber abgestimmt. Zum Abschluss findet dann die namentliche Abstimmung über den Gesamthaushalt statt. Das Verfahren bei der jährlichen Haushaltsdebatte ist relativ komplex und umfassend. Auf der Seite des Deutschen Bundestages ist der Prozess von der Aufstellung bis zur Ver-

abschiedung des Haushalts übersichtlich und verständlich aufgearbeitet worden.

In der entscheidenden Debatte für den Haushalt 2018 durfte ich zum Tagesordnungspunkt „Bildung und Forschung“ die Standpunkte der SPD-Fraktion vertreten und eigene, inhaltliche Schwerpunkte setzen. So habe ich die Initiative der SPD-Fraktion herausgestellt, die internationalen Austauschprogramme für Studierende und Auszubildende deutlich auszubauen, denn: Das Kennenlernen von fremden Kulturen baut Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit ab. Verständigung erreichen wir vor allem durch gegenseitiges Verständnis. Die Politik ist daher in der Verantwortung, mehr jungen Menschen diese Möglichkeiten zu geben, auch wenn die Initiative für den ehemaligen Auszubildenden Horst Seehofer leider zu spät kommt. Er hätte von dieser Erfahrung sicher auch profitieren können.

https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/haushalt_neu
<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw27-de-bildung-forschung/561016>

RÄTSEL



Umlaute
erlaubt!

1. In dieser Straße liegt Wiebkes Abgeordnetenbüro in Berlin
2. Besondere Art der Stimmzählung im Bundestag
3. Open-Air-Lichtprojektionen kann man bei den Bielefelder ... bewundern
4. So heißt das geschäftsführende Gremium des Bundestages
5. Bitten oder Beschwerden können durch eine ... direkt an den Bundestag gerichtet werden
6. Ein großer Secondhand-Handel in Bethel
7. Der erste Reichspräsident der Weimarer Republik (Nachname)
8. Für diesen Künstler aus Werther wurde vor kurzem (Eröffnung verm. 31.08.) (Nachname)
9. So werden die Vorsitzenden der Ausschüsse im Bundestag genannt
10. Die Plenarsitzungen werden von dieser Gruppe geleitet
11. Eine ...-Kommission kann vom Bundestag eingesetzt werden, um Antworten auf schwierige Sachfragen zu finden

Der einsende Schluss für das Lösungswort ist der 10. Dezember 2018. Wir bitten Sie das Lösungswort mit dem Betreff „Lösung des Rätsels“ an wiebke.esdar.wk@bundestag.de zu senden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, auf die Gewinner warten spannende Preise.

IMPRESSUM

Herausgeber: Dr. Wiebke Esdar, MdB
V.i.S.d.P.: Dr. Wiebke Esdar

Arndtstr. 6-8
33602 Bielefeld
Tel.: 0521 3294370
eMail: wiebke.esdar.wk@bundestag.de
Web: www.wiebke-esdar.de



Sie haben Fragen oder ein Anliegen an Wiebke Esdar? Dann melden Sie sich gerne bei ihr! Bis zum nächsten Mal!